



**Bundesverband**

ASW-Wahlprüfsteine

# Bundestagswahl 2021

## Fragen des ASW Bundesverbandes zum Thema Wirtschaftsschutz

Die deutsche Wirtschaft sieht sich vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt, die sich aufgrund zunehmender (virtueller) Vernetzung, wachsender politischer Instabilitäten und Interdependenzen in den kommenden Jahren weiter verschärfen werden. Deutsche Unternehmen investieren daher große Summen, um sich entsprechend aufzustellen. Seitens des Staates wurden bereits erste, zielführende Maßnahmen getroffen, um die Wirtschaft zu unterstützen – ein Beispiel dafür ist die Initiative Wirtschaftsschutz.

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat der ASW Bundesverband folgende Wahlprüfsteine an die Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und AfD geschickt. Bis auf die letztgenannte Partei haben alle auf die Anfrage reagiert und zum Thema Wirtschaftsschutz Stellung bezogen.

Im Anschluss an die Wahlprüfsteine, findet sich eine Zusammenfassung der Antworten, die der ASW Bundesverband erhalten hat. **Die Antworten sind Aussagen der Parteien und stellen keine Bewertung des ASW Bundesverbandes dar.**

- 1) Würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung einen **Koordinator für den Wirtschaftsschutz** auf Regierungsseite etablieren? Wo wäre dieser angesiedelt? Sollten auch Unternehmen einen Verantwortlichen für Wirtschaftsschutz haben?
- 2) Welche **Maßnahmen** würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung ergreifen, um auf folgende Phänomene zu reagieren: Wirtschaftsspionage, Konkurrenzausspähung, Cyber-Kriminalität, extremistische Aktivitäten in und gegen Unternehmen?
- 3) Die deutschen Sicherheitsbehörden engagieren sich immer mehr im Wirtschaftsschutz. Für eine ausreichend starke Wirkung, fehlen hier aber oftmals die notwendigen Ressourcen. Würde Ihre Partei den Sicherheitsbehörden mehr Mittel für den Wirtschaftsschutz bereitstellen?  
Wenn ja, in welchem Umfang?
- 4) Vor allem der Mittelstand ist sich der wachsenden Gefahren durch Cyber-Kriminalität, Betrug, Spionage und Sabotage kaum bewusst. Welche Maßnahmen würde Ihre Partei ergreifen, um dies zu ändern? Würden Sie der **Finanzierung einer Sensibilisierungskampagne** durch die Bundesregierung zustimmen?
- 5) Das ASW-Netzwerk arbeitet eng mit Sicherheitsbehörden zusammen. Ein Austausch von eingestuft Informationen ist schwierig. Für einen besseren Austausch wären gesetzliche Anpassungen notwendig. Welchen **Rahmen für einen besseren Austausch der Wirtschaft mit den Behörden** würde Ihre Partei setzen?
- 6) Sehen Sie Vorteile in einem **gemeinsamen Lagezentrum von Staat und Wirtschaft** und würden Sie diesen Ansatz unterstützen, um globale Entwicklungen (z.B. Pandemien, Cyber-Kriminalität) frühzeitig zu erkennen und um auf akute Lagen ad hoc reagieren zu können?
- 7) Durch den Zuständigkeitswechsel der Sicherheitsdienstleistung vom BMWi zum BMI wurde ein notwendiger Schritt vollzogen. Wie ist Ihre **grundsätzliche Haltung** gegenüber der **Rolle der privaten Sicherheitswirtschaft** und wie steht Ihre Partei zum **geplanten Sicherheitsdienstleistungsgesetz**?
- 8) Die **geheimschutzbetreute Wirtschaft** leistet einen großen Beitrag zur nationalen Sicherheit. Die beim BMWi angesiedelte Zuständigkeit für diese Unternehmen bedarf einer Modernisierung. Welchen Stellenwert hat bei Ihnen die Geheimschutzbetreuung und sind Maßnahmen vorgesehen, diese zu stärken?

## Resultate der ASW-Wahlprüfsteine: Wichtiges auf einen Blick

Generell wird die Sicherheit in der Wirtschaft von den teilnehmenden Parteien als schützenswertes Gut erkannt, und dennoch zeigen sich deutliche Unterschiede. So herrscht Einigkeit über den notwendigen Schutz von KMUs. SPD und Die Linke sehen dabei den Selbstschutz der Unternehmen im Vordergrund. Die FDP und SPD zeigten sich nach eingehender Überprüfung der Notwendigkeit zur **Etablierung eines Koordinators** bereit. Eine gezielte Beratung und Unterstützung zur Stärkung der KMUs führten insbesondere Die Grünen, FDP, CDU/CSU und Die Linke an.

Die Grünen berufen sich bzgl. **Maßnahmen** auf ein Beratungsnetzwerk sowie ein IT-Sicherheitsgesetz 3.0, welches mehr Sektoren und Anreize umfasst. Ebenso setzen sie sich für die Errichtung eines Bundesamtes für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr (BfGS) ein. Während SPD, FDP und CDU/CSU sich für einen Personalausbau in den zuständigen Behörden aussprechen, gibt die Linke den internen, betrieblichen Schutz als subsidiäre Zuständigkeit des Staates an. Die FDP setzt außerdem auf eine Stärkung der Cybersicherheit.

Die **finanzielle Förderung von Sicherheitsbehörden** soll laut CDU/CSU nach entsprechendem Bedarf angepasst werden. Die Linke stellt eine leistungsgerechte Besteuerung von Unternehmen und Vermögenden in den Mittelpunkt, um die finanziellen Mittel für Behörden anzupassen. SPD und Grüne halten am Ausbau bereits getroffener Maßnahmen fest. Dementgegen steht die FDP, welche sich für deutlich mehr Mittel einsetzen möchte. Neben dem Ausbau von Europol soll daher auch die ENISA gefördert werden.

Um den wachsenden Gefahren für den Mittelstand zu begegnen, verweisen SPD und CDU/CSU auf die „Initiative Wirtschaftsschutz“, wobei letztere Partei eine Ausweitung der Maßnahmen nicht ausschließt. Ebenso herrscht Einigkeit bei Linke und Grüne über die notwendige Beratung und Sensibilisierung der Unternehmen durch das BSI. Die FDP erkennt eine **Sensibilisierungskampagne** als wirksam an und spricht sich für eine angemessene Informationspolitik aus.

Kontroverse herrscht beim **Austausch von eingestuften Informationen zwischen Wirtschaft und Behörden**. Hierbei sieht die Linke lediglich für den Austausch strategischer Informationen eine ausreichende gesetzliche Grundlage. Alle anderen teilnehmenden Parteien hielten einen Austausch unter Berücksichtigung von Übermittlungsvorschriften für sinnvoll. CDU/CSU führten darüber hinaus die Möglichkeit zu geschlossenen Gesprächsformaten an.

Während CDU/CSU ebenfalls den bereits bestehenden Austausch zwischen Staat und Wirtschaft befürworten und gegebenenfalls ausbauen wollen, sieht die Linke die etablierten Formate als ausreichend an. Die SPD verweist bezüglich eines **gemeinsamen Lagezentrums zwischen Staat und Wirtschaft** auf die bestehenden Strafverfolgungsstrukturen und deren mögliche Anpassung.

Zwischen den Grünen, der FDP und der CDU/CSU besteht Einigkeit über die Relevanz der **privaten Sicherheitswirtschaft** und deren regulatorischen Anforderungen. Auch die SPD arbeitet im engen Austausch mit dem Sicherheitsgewerbe, um neue Regelungen in einem eigenständigen Gesetz zu verabschieden. CDU/CSU arbeiten bereits an einer Novellierung des **Sicherheitsdienstleistungsgesetzes**. Die Linke lehnt die Privatisierung von Sicherheitsaufgaben ab.

Die **geheimschutzbetrente Wirtschaft** wird insbesondere durch die Grünen und die FDP bestärkt und eine Modernisierung befürwortet. Die SPD und CDU/CSU sehen die derzeitige Stellung der geheimschutzbetreuten Wirtschaft als passend an und sind bei Bedarf zu Veränderungen bereit. Die Linke fordert eine Prüfung hinsichtlich der rechtlichen Grundlage und der generellen Notwendigkeit.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Diversität der Parteien in Deutschland auch die Haltung zum Thema Wirtschaftsschutz widerspiegelt, wobei alle Parteien die deutsche Wirtschaft als schützenswertes Gut erachten.

## Antworten der Parteien

- 1) Würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung einen **Koordinator für den Wirtschaftsschutz** auf Regierungsseite etablieren? Wo wäre dieser angesiedelt? Sollten auch Unternehmen einen Verantwortlichen für Wirtschaftsschutz haben?

				
<p>Ein gut aufgestellter Wirtschaftsschutz ist zentral für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Unternehmen egal welcher Größe müssen widerstandsfähig gegenüber den wachsenden Bedrohungen von Spionage, Cyber-Angriffen und Sabotage sein. Hierfür ist eine hervorragende Koordination maßgeblich. Wir GRÜNE setzen uns ein für klare Verantwortlichkeiten und Rechtsgrundlagen für den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden und allen voran eine starke IT-Sicherheit in den Unternehmen. Auch mittelgroße Versorger müssen als Kritische Infrastruktur (KRITIS) berücksichtigt werden. Insbesondere für KMUs wollen wir IT-Sicherheitsberatung ermöglichen.</p>	<p>Ob ein Koordinator für den Wirtschaftsschutz auf Regierungsseite sinnvoll und notwendig ist, sollte nach der Bundestagswahl und einer Regierungsbildung gründlich geprüft werden. Unternehmen in besonders betroffenen, sicherheitsrelevanten Bereichen sollten überlegen, ob sie nicht aus Selbstschutz einen Verantwortlichen für den Wirtschaftsschutz ernennen.</p>	<p>Es ist CDU und CSU ein wichtiges Anliegen, in gemeinsamer Verantwortung von Staat und Wirtschaft unsere Unternehmen – gleich welcher Größe – vor einschlägigen Gefahren zu schützen. Bereits in den vergangenen Legislaturperioden haben wir uns für den Wirtschaftsschutz sehr stark gemacht. Wir werden Strukturen schaffen, die es der Wirtschaft ermöglichen, ihre Schutzmaßnahmen gegen Cyber-Attacken zu erhöhen.</p> <p>Zur besseren Beratung und Unterstützung dieser Unternehmen wollen wir die Rolle des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) weiter ausbauen. Um kleine und mittlere Unternehmen bei der Stärkung ihrer IT-Sicherheit noch wirksamer zu unterstützen, wollen wir wei-</p>	<p>DIE LINKE ist immer für eine bessere Koordination von Regierungshandeln – auch für den Wirtschaftsschutz, der als Dachinitiative vom BMI organisiert wird. Verbesserungen scheitern meist nicht daran, dass eine einzige regierungsverantwortliche KoordinatorIn noch nicht benannt ist. Verantwortlichkeit und aktives, richtiges Handeln hängt nicht allein am Stellenprofil und so weit Fragen der Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung betroffen sind, fällt dies ohnehin in die Zuständigkeit der Länder. Unternehmen müssen ihrerseits eigene Verantwortung auch personell übernehmen, wobei viele KMU damit überfordert sind. Qualifizierte Beratung und kooperative Ansätze sind notwendig, um einen umfassenden Schutz zu gewährleisten. Hierfür sollte</p>	<p>Vor dem Hintergrund der seit Jahren zunehmenden Cyberangriffe und einer extrem hohen Bedrohungslage, die sich in der Coronapandemie noch verschärft hat, ist die Etablierung eines Koordinators für Wirtschaftsschutz zu prüfen. Sofern Unternehmen die Ressourcen für einen Verantwortlichen für Wirtschaftsschutz aufbringen können, ist die Besetzung einer solchen Verantwortlichkeit empfehlenswert. In jedem Fall müssen aber staatliche Behörden als enge Schnittstelle beziehungsweise Anlaufstelle insbesondere für kleinere Unternehmen dienen, um hier effektiv zu unterstützen.</p>

		<p>tere steuerliche Anreize prüfen, wie z. B. schnellere Abschreibungsmöglichkeiten von Investitionen in IT-Sicherheit. Anträge für Förderprogramme zur Sensibilisierung und Unterstützung wollen wir weiter vereinfachen und Antragsverfahren beschleunigen.</p>	<p>die öffentliche Hand bei Bedarf mehr Mittel und Personal zur Verfügung stellen.</p>	
--	--	---	--	--

- 2) Welche **Maßnahmen** würde Ihre Partei in Regierungsverantwortung ergreifen, um auf folgende Phänomene zu reagieren: Wirtschaftsspionage, Konkurrenzausspähung, Cyber-Kriminalität, extremistische Aktivitäten in und gegen Unternehmen?

				
<p>Gute IT-Sicherheit ist die Voraussetzung für Unternehmen, sich vor Gefahren durch Cyber-Kriminalität und Spionage zu schützen. Der Staat ist hier in Gewährleistungspflicht. Wir GRÜNE werden beste IT-Sicherheit durch unabhängige Auditierungen und Zertifizierungen vorantreiben. Vor allem die KMUs müssen stärker durch ein dezentrales und unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk unterstützt werden. Die IT-Sicherheit gefährdende Maßnahmen wie den Handel und Offenhalten von Sicherheitslücken beenden wir. Ein IT-SiG 3.0 muss mehr Sektoren erfassen und positive Anreize setzen. Die Unabhängigkeit des BSI stärken wir.</p> <p>Wir wollen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Das neue, verkleinerte Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr (BfGS) soll</p>	<p>Die neue Regierung sollte prüfen, ob die strafrechtlichen und strafprozessualen Vorschriften noch dem Maß der Bedrohung entsprechen, welches Phänomene wie die Cyber-Kriminalität es erfordern. Darüber hinaus muss die Personalausstattung in den zuständigen Behörden von Bund und Ländern den Anforderungen der Bedrohungslage entsprechen. Wie bereits in der laufenden Legislaturperiode sollte die Bundesebene die Finanzierung von Justizpersonal in den Ländern übernehmen.</p>	<p>Die Gefahren, die für die Unternehmen in Deutschland ausgehen, sind sehr hoch. Wegen ihrer Innovations- und Wirtschaftskraft sind sie begehrte Angriffsziele internationaler Konkurrenten, fremder Nachrichtendienste und Krimineller. Zunehmend verlagern sich diese Gefahren in den digitalen Raum. Deshalb sollten insbesondere das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie das Bundeskriminalamt personell und technisch weiter gestärkt werden, um den genannten Bedrohungen wirksam begegnen zu können.</p>	<p>DIE LINKE geht davon aus, dass gute Technik und ausgebildetes Personal entscheidend sind für Aufklärung und Durchsetzung der Strafverfolgung. Die erwähnten verschiedenen Gefahren werden durch Prävention und Strafverfolgung bis heute wenig konsistent angegangen. In den Sicherheitsbehörden gibt es ein Sammelsurium von Abteilungen, Gremien und Kooperationen untereinander und mit Dritten ohne eindeutige Zuständigkeit und Verantwortlichkeit. Wir haben nicht ein Informations- und Rechtsdefizit, sondern ein Handlungsdefizit. Soweit keine Rechtsgüter von erheblicher Bedeutung betroffen sind, sondern es um den Schutz betrieblicher Abläufe und Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen geht, gilt für uns nur eine subsidiäre Zuständigkeit des Staates. Wie erwartet wird, dass alle Bürgerinnen</p>	<p>Extremismus und Terrorismus sind eine Bedrohung für unsere Demokratie und unsere offene und freie Gesellschaft. Der Rechtsstaat muss daher besser organisiert sein als das Verbrechen. Wir brauchen einen handlungs- und durchsetzungsstarken Rechtsstaat, der Sicherheit und Freiheit gleichermaßen gewährleistet. Dazu wollen wir Freie Demokraten Polizei und Justiz besser ausstatten, unsere Sicherheitsarchitektur erneuern und den Feinden des Rechtsstaats entschieden entgegenreten.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen die Cybersicherheit stärken. Denn Cybersicherheit ist die Achillesferse des Informationszeitalters. Deshalb brauchen wir eine tatsächlich umsetzbare und agile Cybersicherheitsstrategie. Bestandteile davon müssen ein wirksames Schwachstellenmanagement und ein Recht auf Verschlüsselung sein. Dazu</p>

<p>sich auf seine Kernaufgaben wie die Spionageabwehr konzentrieren. Davon profitieren gerade die im Fokus stehenden mittelständischen Unternehmen. Auch in den anderen Sicherheitsbehörden muss der Wirtschaftsschutz und Cyber-Kriminalität prioritär behandelt werden.</p>			<p>und Bürger ihre Wohnungen abschließen, um Einbruch und Diebstahl vorzubeugen, kann von Unternehmen erwartet werden, dass sie zunächst alle Maßnahmen in ihrem eigenen Verantwortungsbereich ergreifen.</p>	<p>gehören ebenfalls die Vorgabe von security-by-design inklusive Haftung der Herstellerinnen und Hersteller für Schäden, die fahrlässig durch IT-Sicherheitslücken verursacht werden, und eine Verpflichtung der Herstellerinnen und Hersteller, während der üblichen Nutzungsdauer eines Produkts Updates zur Verfügung zu stellen. Effiziente Schutz- und Verteidigungssysteme müssen in der Cybersicherheit stets Vorrang haben. Deshalb sollen Unternehmen, die umfangreichen Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, beim Ausbau kritischer Infrastruktur wie dem 5G-Netz nicht beteiligt werden. Wir lehnen digitale Vergeltungsschläge (Hackbacks) ab, da sie die Gefahr eines digitalen Wettübens bergen und nicht die Täterinnen und Täter, sondern zivile Opfer treffen. Für mehr Cybersicherheit als strategisches Sicherheitsziel der Bundesrepublik Deutschland sind die entsprechenden Strukturen des Bundes, wie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, zu stärken und aufzurüsten.</p>
---	--	--	---	---

- 3) Die deutschen Sicherheitsbehörden engagieren sich immer mehr im Wirtschaftsschutz. Für eine ausreichend starke Wirkung, fehlen hier aber oftmals die notwendigen Ressourcen. Würde Ihre Partei den Sicherheitsbehörden mehr Mittel für den Wirtschaftsschutz bereitstellen? Wenn ja, in welchem Umfang?

				
<p>Der Wirtschaftsschutz ist eine wichtige, leider teilweise nicht mit der notwendigen Priorität behandelte, Aufgabe der Sicherheitsbehörden. In den letzten Jahren ist die Gefahr von gezielten, ausländischen Nachrichtendiensten attribuierten Cyberangriffen und Spionage erheblich angestiegen. Geld alleine ist jedoch kein Allheilmittel, die Mittel müssen auch in richtiger Schwerpunktsetzung verwendet werden. Die Sicherheitsbehörden haben in den letzten Jahren immer wieder einen erheblichen Mittelzuwachs erhalten. Nun müssen vor allem bereits geschaffene und immer noch offene Stellen bei den Sicherheitsbehörden endlich besetzt werden und die Kompetenz im Bereich Wirtschaftsschutz gestärkt werden.</p>	<p>Der SPD ist es immer ein Anliegen, dass unsere Sicherheitsbehörden über die Haushalte finanziell gut ausgestattet werden. Diese arbeiten beim Wirtschaftsschutz eng mit den Unternehmen zusammen. Hier verweisen wir auf die Initiative Wirtschaftsschutz, die ebenfalls intensiv durch das Bundesinnenministerium unterstützt wird. Das ist fortzuführen.</p>	<p>CDU und CSU begrüßen das zunehmende Engagement der deutschen Sicherheitsbehörden im Wirtschaftsschutz. Eine ausreichende Ressourcenausstattung der Sicherheitsbehörden ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Wirtschaftsschutz. Bei wachsender Bedrohung müssen die Bedarfe gemeinsam mit der Wirtschaft neu ermittelt und die Ressourcen angepasst werden.</p>	<p>Die LINKE will eine umfassende Finanzierung öffentlicher Strukturen, mit motivierten, gut bezahlten Beschäftigten – auch für die strafrechtliche Verfolgung von Wirtschaftsstraftaten. Die Ressourcen müssen u.a. durch die leistungsgerechte Besteuerung von Unternehmen und Vermögenden bereitgestellt werden. Ansonsten wird es keinen besseren Wirtschaftsschutz geben. Präventiv kann die öffentliche Hand oft nur mittels Beratung agieren. In geringerem Umfang lässt sich regulierend zur Herstellung gleicher Bedingungen für alle Marktteilnehmer eingreifen. An erster Stelle steht dabei für uns die Evaluation der seit Veröffentlichung des "Wirtschaftsgrundgesetzes" durch das BMI ergriffenen Maßnahmen aller Anspruchsgruppen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bessere Personal- und Sachausstattung der Sicherheitsbehörden ein. Insbesondere im Bereich Wirtschaftsschutz erfordern die Herausforderungen zur Bekämpfung der Kriminalität deutlich mehr Mittel.</p> <p>Wir Freie Demokraten fordern zudem, Europol zu einem echten Europäischen Kriminalamt auszubauen. Die eigenen operativen Möglichkeiten von Europol müssen ausgedehnt werden. Terrorismus, organisierte Kriminalität und Cyberkriminalität machen nicht an Landesgrenzen halt. Die Erkenntnisse der nationalen Sicherheitsbehörden zu grenzübergreifenden Sachverhalten sollen gemeinsam ausgewertet und Einsätze der Mitgliedsstaaten koordiniert werden. Außerdem wollen wir die europäische Cybersicherheitsbehörde ENISA stärken.</p>



- 4) Vor allem der Mittelstand ist sich der wachsenden Gefahren durch Cyber-Kriminalität, Betrug, Spionage und Sabotage kaum bewusst. Welche Maßnahmen würde Ihre Partei ergreifen, um dies zu ändern? Würden Sie der **Finanzierung einer Sensibilisierungskampagne** durch die Bundesregierung zustimmen?

				
<p>Die größte Gefahr im Bereich des Wirtschaftsschutzes liegt mittlerweile in Angriffen auf die digitale Infrastruktur von Unternehmen und Spionage mittels Cyberangriffen. Der beste Schutz hiergegen ist eine gezielte Prävention und eine sichere IT. Daher muss die Stärkung der IT-Sicherheit der Unternehmen im Zentrum des Wirtschaftsschutzes stehen. Unternehmen müssen hinsichtlich der Gefahren von Sicherheitslücken und fehlenden Updates kontinuierlich informiert und beraten werden. Hierfür braucht es ein in seiner Unabhängigkeit gestärktes BSI, welches die Unternehmen berät und sensibilisiert. Kampagnen in diesem Bereich sollten Priorität haben.</p>	<p>(Wie Frage 3) Der SPD ist es immer ein Anliegen, dass unsere Sicherheitsbehörden über die Haushalte finanziell gut ausgestattet werden. Diese arbeiten beim Wirtschaftsschutz eng mit den Unternehmen zusammen. Hier verweisen wir auf die Initiative Wirtschaftsschutz, die ebenfalls intensiv durch das Bundesinnenministerium unterstützt wird. Das ist fortzuführen.</p>	<p>In der Tat betreffen die wachsenden Gefahren vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen – vom Handwerk bis zu Hidden Champions. Gerade diese Unternehmen sind heute noch unzureichend sensibilisiert und geschützt. Die wirtschaftlichen Schäden, die dadurch entstehen, sind immens – bis hin zur Insolvenz und damit einhergehend dem Verlust vieler Arbeitsplätze.</p> <p>Mit der Initiative Wirtschaftsschutz gibt es bereits eine etablierte Sensibilisierungskampagne, die jüngst mit Hilfe von „road shows“ erneut in der Fläche ein stärkeres Bewusstsein für die Fragen des Wirtschaftsschutzes geschaffen hat. Soweit ein Bedarf gesehen wird, diese Initiative auszuweiten, kann dies gern getan werden.</p>	<p>Aus unserer Sicht geht die Gefahr digitaler Angriffe auf Unternehmen von unterschiedlich motivierten kriminellen Akteuren aus. Hier liegt dann auch ein Ungleichgewicht zwischen der Inanspruchnahme der „digitalen Dividende“, die Unternehmen durch die Digitalisierung von Produktions-, Distributions- und Verwaltungsprozessen realisieren konnten und der Reinvestition in digitale Sicherheitsprozesse, Schulung und Prävention. Das BSI hat hierbei eine zentrale Rolle für die Sensibilisierung der Unternehmen. Genau deshalb bedauern wir, dass vor Verabschiedung des IT-Sicherheitsgesetzes 2.0 keine Evaluation des alten IT-Sicherheitsgesetzes durchgeführt wurde. Inkonsistenzen im Agieren lassen sich so nicht auflösen und damit kann es keine konzentriertere, effektivere Gefahrenabwehr geben.</p>	<p>Für mehr Cybersicherheit als strategisches Sicherheitsziel der Bundesrepublik Deutschland sind aus unserer Sicht die entsprechenden Strukturen des Bundes zu stärken und aufzurüsten. Dazu gehört auch eine entsprechende Informationspolitik in die Wirtschaft und insbesondere in kleine und mittelständische Unternehmen hinein. Eine Sensibilisierungskampagne kann hier eine hilfreiche Maßnahme sein, um wichtige Aufklärungsarbeit zu leisten.</p>

- 5) Das ASW-Netzwerk arbeitet eng mit Sicherheitsbehörden zusammen. Ein Austausch von eingestuften Informationen ist schwierig. Für einen besseren Austausch wären gesetzliche Anpassungen notwendig. Welchen **Rahmen für einen besseren Austausch der Wirtschaft mit den Behörden** würde Ihre Partei setzen?

				
<p>Geheimhaltung besonderer und bestimmter Informationen kann in einem Rechtsstaat aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes und des Staatswohls gerechtfertigt und notwendig sein. Die verbindliche Einhaltung der Geheimhaltungsvorschriften von allen Seiten ist zur Sicherung der Integrität essentiell. Dies lässt sich aber nur erreichen, wenn Einstufungen auf tatsächlich geheimhaltungsbedürftige Inhalte beschränkt werden und Ausstufungen unverzüglich erfolgen, wo Geheimhaltungen nicht mehr nötig sind. Wir GRÜNE wollen die bestehenden Strukturen hinsichtlich der Übermittlung von eingestuften Informationen zwischen Wirtschaft und Sicherheitsbehörden verbessern und dazu mit der Wirtschaft in Austausch kommen.</p>	<p>Wo es nötig ist für die Zusammenarbeit, sollte die Anpassung von gesetzlichen Maßnahmen geprüft werden, ohne andere geschützte Rechtsgüter aufzugeben.</p>	<p>Eingestufte Informationen der Sicherheitsbehörden unterliegen dem „need to know“-Prinzip. Soweit solche Informationen konkrete Einzelfälle betreffen, werden die betroffenen Unternehmen eingebunden und unterrichtet. Darüber kann in geschlossenen Gesprächsformaten ein erweiterter Informationsaustausch sinnvoll sein. Entsprechende Formate sind mit der Wirtschaft zu diskutieren und zu etablieren.</p>	<p>Nach unserer Auffassung gibt es für eine Weitergabe von Informationen keine Grundlage, die durch Grundrechtseingriffe erhoben wurden oder aus dem nachrichtendienstlichen Bereich kommen. Für den Austausch strategischer Informationen sind die vorhandenen gesetzlichen Grundlagen hingegen ausreichend.</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für ein gutes Verhältnis zwischen Sicherheitsrelevanz und Zweckmäßigkeit beim Austausch von Behörden mit der Wirtschaft ein. Rechtliche Anpassungen sind deshalb immer auch in Erwägung zu ziehen. Denn den hocheffizienten und -effektiven Strukturen der Organisierten Kriminalität in all ihren vielfältigen Formen müssen zum Schutz von Staat und Gesellschaft von staatlicher Seite mit entsprechend gezielten und nachhaltigen Aktivitäten entgegnet werden. Dazu gehört auch ein effizienter Informationsaustausch zwischen Behörden und Wirtschaft.</p>



Rechtssichere und grundrechtskonforme Übermittlungsvorschriften halten wir in diesem Zusammenhang für zwingend.				
---	--	--	--	--

- 6) Sehen Sie Vorteile in einem **gemeinsamen Lagezentrum von Staat und Wirtschaft** und würden Sie diesen Ansatz unterstützen, um globale Entwicklungen (z.B. Pandemien, Cyber-Kriminalität) frühzeitig zu erkennen und um auf akute Lagen ad hoc reagieren zu können?

				
<p>Informationsübermittlungen von Sicherheitsbehörden gerade in dem sensiblen Bereich der Gefahrenfrüherkennung müssen auf Grundlage klarer Rechtsgrundlagen erfolgen. Wir GRÜNE wollen einen verbesserten Austausch, der die Informationen eines besseren Frühwarnsystems, nämlich dem eines strukturell neu aufgestellten Verfassungsschutzes, auf glasklaren verfassungsrechtlich einwandfreien Rechtsgrundlagen zugänglich und regelmäßig an die Unternehmen übermittelt und die Expertise der Wirtschaft mitdenkt und mit in Anspruch nimmt. Ein dezentrales und unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk und ein in seiner Unabhängigkeit gestärktes BSI soll insbesondere die KMU frühzeitig warnen und beraten.</p>	<p>Die Strafverfolgungsstrukturen auf Bundes- und Ländersseite müssen ständig daraufhin überprüft werden, ob sie der konkreten Gefahrenlage entsprechen. Wenn nötig, müssen auch Veränderungen erfolgen.</p>	<p>Der Austausch zwischen Staat und Wirtschaft über aktuelle Entwicklungen ist entscheidend für sachgerechte Antworten auf Krisen. Solche Lagen bedürfen einer kompetenten und maßgeschneiderter Reaktion, da Krisen sich mit Blick auf Art, Angriffsziel und Auswirkungen sehr unterscheiden und jeweils sehr unterschiedliche Akteure betroffen sein können. Daher muss im konkreten Fall entschieden werden, ob bestehende Dialogformate genutzt und gegebenenfalls ausgebaut werden müssen oder ob es neuer Formate bedarf. Die Instrumente der strategischen Vorausschau und die erforderlichen Maßnahmen zur Bewältigung der genannten Szenarien wollen wir in der kommenden Legislaturperiode ausbauen und dabei alle, die dazu Beiträge leisten können, in die Überlegungen einbeziehen.</p>	<p>Aus unserer Sicht sind die etablierten Formate ausreichend. Eine bessere, effektive Koordination kann und muss vor allem in den vorhandenen Strukturen erfolgen – mit klarer Zuständigkeit und persönlicher Verantwortlichkeit, um Verfahren zu beschleunigen und Fehler konsequent abzustellen und daraus zu lernen.</p>	<p>Eine gesamtheitliche und erfolgreiche Cyber-Abwehr beziehungsweise -Sicherheit kann nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gewährleistet werden. Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft begrüßen wir in diesem Bereich deshalb grundsätzlich.</p>

- 7) Durch den Zuständigkeitswechsel der Sicherheitsdienstleistung vom BMWi zum BMI wurde ein notwendiger Schritt vollzogen. Wie ist Ihre **grundsätzliche Haltung** gegenüber der **Rolle der privaten Sicherheitswirtschaft** und wie steht Ihre Partei zum **geplanten Sicherheitsdienstleistungsgesetz**?

				
<p>Das private Sicherheitsgewerbe ist Teil der deutschen Sicherheitsarchitektur. Die Zuständigkeit des BMI ist daher inhaltlich begründet. Auch im Hinblick auf die parlamentarische Befassung und Kontrolle gehören zentrale Fragen im Hinblick auf das private Sicherheitsgewerbe in den Innenausschuss des Deutschen Bundestages. Wir GRÜNE begrüßen daher den Wechsel der Zuständigkeit ausdrücklich. Zum Pflichtprogramm eines Sicherheitsdienstleistungsgesetzes gehören aus unserer Sicht neben Fragen des Datenschutzes und allgemeinen Regelungen im Hinblick auf das Zulassungsverfahren eine gesetzliche Definition der persönlichen Zuverlässigkeit, Qualitätsstandards für die Aus-, Weiter- und Fortbildung auf allen Ebenen sowie die Verpflichtung, die durch die erfolgreiche Teilnahme an entsprechenden</p>	<p>Die SPD verfolgt das Ziel, durch eine Neuordnung der Regelungen für das private Sicherheitsgewerbe in einem eigenständigen Gesetz die Sicherheitsstandards in diesem Gewerbebezug zu verbessern und so für noch mehr Sicherheit und Verlässlichkeit zu sorgen. Dies wollen wir auch durch einen engen Austausch mit dem Sicherheitsgewerbe angehen.</p>	<p>Die private Sicherheitswirtschaft ist zu einer wichtigen Säule für die Sicherheitsarchitektur in Deutschland geworden. Vielfältige Aufgaben werden durch sie wahrgenommen. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag für die Innere Sicherheit in Deutschland. Für die kommende Legislaturperiode werden wir zügig ein Sicherheitsdienstleistungsgesetz verabschieden, um einen sicheren rechtlichen Rahmen für die Tätigkeit dieser Unternehmen zu schaffen. Die Vorarbeiten hierzu sind, unter Einbindung der Beteiligten, schon weit fortgeschritten. Mit einer unionsgeführten Bundesregierung könnten wir nach Beginn der neuen Legislaturperiode zügig über einen Gesetzentwurf beraten.</p>	<p>DIE LINKE lehnt die Privatisierung von Sicherheitsaufgaben ab. Eine Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf Unternehmen, wie in Entwürfen des Sicherheitsdienstleistungsgesetzes vorgesehen waren – Personenkontrolle, Ingewahrsamnahme, Ausübung unmittelbaren Zwangs – lehnen wir kategorisch ab. Sicherheit ist ein öffentliches Gut. Entsprechend sind die hoheitlichen Aufgaben durch die zuständigen Behörden von Bund, Land und Kommunen im rechtsstaatlichen Rahmen schnell, effektiv und umfassend zu gewährleisten und dafür sind die Ressourcen aufzubringen und einzusetzen.</p>	<p>Für uns Freie Demokraten leistet die private Sicherheitswirtschaft einen wichtigen Beitrag zur allgemeinen Sicherheit. Für diesen Gewerbebezug selbst müssen höchste Sicherheitsstandards gelten, um eine Höchstmaß an Sicherheit, Qualität und Verlässlichkeit gewährleisten zu können.</p>



<p>Angeboten erworbene Fachkunde nachprüfbar zu belegen. Auch inhaltlich qualitative Vorgaben im Hinblick auf die Vergabe öffentlicher Aufträgen an private Sicherheitsunternehmen sind uns wichtig.</p>				
--	--	--	--	--

- 8) Die **geheimschutzbetreute Wirtschaft** leistet einen großen Beitrag zur nationalen Sicherheit. Die beim BMWi angesiedelte Zuständigkeit für diese Unternehmen bedarf einer Modernisierung. Welchen Stellenwert hat bei Ihnen die Geheimschutzbetreuung und sind Maßnahmen vorgesehen, diese zu stärken?

				
<p>Die geheimschutzbetreute Wirtschaft ist ein wichtiger Pfeiler der Sicherheit in unserem Land. Sie ist zentral für das Funktionieren sicherheitsbehördlicher Projekte. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir GRÜNE die Modernisierung der Geheimschutzbetreuung, von der Zuständigkeit bis zum Verfahren, voranbringen. Hierbei wollen wir die Bedürfnisse der Wirtschaft berücksichtigen.</p>	<p>Im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist für den Bereich des Geheim-schutzes der Wirtschaft vor kürzerer Zeit eine eigene Abteilung gegründet worden, was dem Stellenwert dieses wichtigen Bereichs sicher auch entspricht. Ob es darüber hinaus noch weitere Veränderungen geben sollte, ist sorgfältig zu prüfen. Falls die Prüfung Veränderungsbedarfe ergibt, sei es in personeller oder sonstiger Art, sollten sie rasch umgesetzt werden.</p>	<p>Die geheimschutzbetreute Wirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ihre Bedeutung für die nationale Sicherheit erfordert besondere Maßnahmen. Infolge der Novelle des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes des Bundes wird das „Handbuch für den Geheimschutz in der Wirtschaft“ überarbeitet, das die bei der Durchführung öffentlicher Aufträge zu beachtenden Vorschriften zum Schutz geheimhaltungsbedürftiger Informationen in einem einheitlichen Regelwerk zusammenfasst. Dabei werden die Interessen der Unternehmen und die Interessen des Staates in einen angemessenen Ausgleich gebracht. Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Geheimschutzbetreuung ergeben sich gegebenenfalls aus künftigen Entwicklungen.</p>	<p>DIE LINKE fordert für den gesamten Bereich des personalen Sabotage- und Geheim-schutzes eine umfassende Evaluation, insbesondere im Hinblick auf Zulässigkeit und Notwendigkeit ihrer stetigen Ausweitung in den vergangenen Jahren. Genau das führt unter anderem zu immer längeren Bearbeitungszeiten bei der Sicherheitsüberprüfung. Auch die Flexibilität bei kurzzeitigem Einsatz von Personal in sicherheitssensiblen Bereichen muss dringend überprüft und angepasst werden. Bisherige Evaluationen waren zu verwaltungszentriert. Gleichzeitig sind die dabei gewonnenen Erkenntnisse weitgehend ignoriert worden.</p>	<p>Für uns Freie Demokraten sind Geheimschutzbetreuung und generell Geheim-schutzverfahren wichtige sicherheitspolitische Maßnahmen, die es im Zuge zunehmender und komplexerer Gefahrenlagen weiterzuentwickeln und zu stärken gilt.</p>